

Freihandel stärken – Wachstumschancen nutzen

BDA-Position für Freihandel und gegen protektionistische und nationalistische Strömungen

Zusammenfassung

Protektionistische Strömungen gefährden weltweit die Globalisierungserfolge. Die Öffnung heimischer Märkte für internationale Partner ist der Grundstein für gemeinsames erfolgreiches Wirtschaften. Fairer Handel von Gütern und Dienstleistungen vergrößert nicht nur Absatzmärkte und schafft Arbeitsplätze, sondern stärkt auch die Wettbewerbsfähigkeit durch den Austausch und die Weiterentwicklung von Technologien und Innovationen. Die BDA setzt sich deshalb für gemeinsame internationale Anstrengungen zum Abbau von tarifären und nicht-tarifären Handelshemmnissen ein und lehnt jegliche protektionistischen und nationalistischen Maßnahmen ab. Gleichwohl erfordern die nationalen Abschottungstendenzen wichtiger Handelspartner, sowohl die Stärkung der eigenen Wettbewerbsfähigkeit als auch die Öffnung für neue strategische Handelspartner. Nur so können langfristig Wachstumsimpulse generiert und Wohlstand gesichert werden.

Freihandel steigert Wachstum und Wohlstand

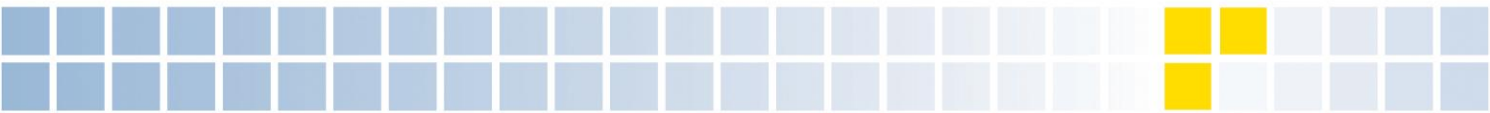
Die Globalisierung hat in den letzten Jahrzehnten zu einer deutlichen Steigerung des Welthandels geführt. Allein zwischen 1999 und 2008 stieg der Anteil des Welthandels am globalen BIP von 47,2 % auf 61,1 % (Weltbank 2017). Komplexe internationale Wertschöpfungsketten führen zu einer immer stärkeren **Verflechtung nationaler Wirtschaftsräume**. Dies fördert den Austausch und die Weiterentwicklung von Technologien und Innovationen und ermöglicht umfassende Kosteneinsparungspotentiale (OECD

2011). Damit diese weltweite Arbeitsteilung und die Ausschöpfung von Handelspotentialen effizient gelingen kann, d. h. Produktivität und Wettbewerbsfähigkeit erhöht und mehr Innovationen und Investitionen getätigt werden, bedarf es einer weltweiten Öffnung der Märkte.

Protektionistische Strömungen – Gefahr für weltweiten Wohlstand

Der europäische Binnenmarkt und die gemeinsame Währung haben den Unternehmen und Beschäftigten Europas in den vergangenen Jahrzehnten einen verlässlichen Rahmen gegeben. Die Integration in globale Wertschöpfungsketten sowie der Zugang zu internationalen Märkten leisten einen wichtigen Beitrag zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit und schaffen Arbeitsplätze. Gleichwohl zeigt jedoch der seit 2008 jährlich von der Welthandelsorganisation (WTO) verfasste *Report on G20 Trade measures* eine deutliche Zunahme neuer tarifärer und nicht-tarifärer Handelshemmnisse in den G20-Staaten. Für den letzten Berichtszeitraum von **Mitte Oktober 2015 bis Mitte Mai 2016** wurde in diesen Ländern mit durchschnittlich **21 neuen handelsbeschränkenden Maßnahmen pro Monat** ein neuer Rekordwert gemessen.

Die Abschottungstendenzen der USA und der Ausstieg Großbritanniens aus dem gemeinsamen Binnenmarkt könnten diese Entwicklungen verstärken und negative Auswirkungen für den Welthandel nach sich ziehen. Neue Handelsbarrieren zum vermeintlichen Schutz der jeweiligen nationalen Wirtschaft, würden nicht nur zusätzliche Kos-



ten durch Zölle bedeuten, sondern auch die Chance auf wichtige **Wachstumsimpulse** nehmen.

Tarifäre und nicht-tarifäre Handelsbarrieren verhindern die Schaffung von Arbeitsplätzen und Wachstum. Sie gefährden bestehenden Wohlstand sowie die Aufstiegschancen der bisher schlechter gestellten in den Industrieländern. Das Ziel muss deshalb ein **verlässliches und transparentes internationales Handelssystem** sein, welches nicht nur den Abbau von Handelsbarrieren entlang der kompletten Wertschöpfungsketten sicherstellt, sondern einen regelbasierten Austausch aller beteiligten Länder ermöglicht. Nur so ist ein fairer Handel möglich, der sichere Arbeitsplätze schafft und die Ängste vieler Menschen gegenüber der Globalisierung durch auskömmliche Verdienste überwindet.

Damit Deutschland auch in Zukunft vom Welthandel profitieren kann, setzt sich die deutsche Wirtschaft weiter für offene Märkte und eine **Weiterentwicklung weltweiter Handelssysteme** ein.

Abschottungspolitik der neuen US-Regierung kontraproduktiv

Überlegungen der neuen US-Regierung, die einheimische Wirtschaft durch **Straf- und Importzölle**, wie der sogenannten **border adjustment tax**, zu schützen, sind abzulehnen. Importzölle und der Ausstieg aus – bestehenden und geplanten – Handelsabkommen (NAFTA, TPP und TTIP) führen zu einer verstärkten Abkopplung von wichtigen internationalen Vorleistungen. Damit werden nicht nur die Exporte verteuert, sondern auch der Zugang zu wichtigen Absatzmärkten sowohl für die USA als auch die internationalen Partner eingeschränkt.

Die Einführung von Handelsbarrieren birgt die Gefahr weltweiter Vergeltungsmaßnahmen. Dies gefährdet in einem hohen Maß die Attraktivität als Wirtschaftsstandort. Gerade die USA profitiert von der Investitionstätigkeit ausländischer und in globalen Wertschöpfungsketten verankerten Unternehmen. So ist beispielsweise **BMW** der **größte Exporteur von Autos** aus den USA heraus und

leistet damit einen bedeutenden Beitrag zu den amerikanischen Exporten. Eine wachstumshemmende Abwärtsspirale aufgrund gegenseitiger protektionistischer Maßnahmen muss unbedingt verhindert werden. Ansonsten stehen nicht nur national, sondern auch international Arbeitsplätze auf dem Spiel.

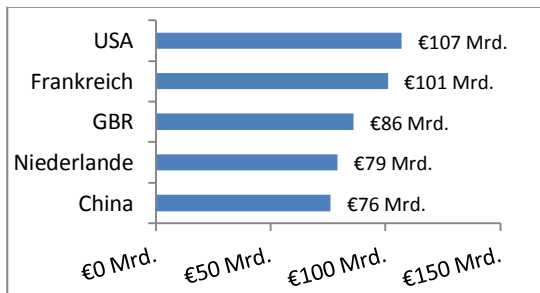
Auch die Kritik am deutschen Leistungsbilanzüberschuss springt zu kurz. Der Überschuss Deutschlands beruht überwiegend auf temporären äußeren Faktoren (niedriger Ölpreis und Wechselkurs) sowie der hohen Wettbewerbsfähigkeit deutscher Unternehmen auf dem Weltmarkt. Von unfairer Wettbewerb aufgrund einer etwaigen Wechselkursmanipulation kann nicht die Rede sein, da Deutschland keinen Einfluss auf die europäische Geldpolitik hat.

Multilaterale Anstrengungen intensivieren –internationale Handelsregeln stärken

Die Zunahme protektionistischer Entwicklungen seit der Wirtschafts- und Finanzkrise darf nicht ignoriert werden. Die internationale Gemeinschaft sollte mit zielgerichteten Anstrengungen starke weltweit verbindliche Handelsregeln etablieren:

- **Stärkung der WTO-Überwachungsinstrumente:** Fehlentwicklungen und protektionistische Maßnahmen sollten von der WTO nicht nur benannt, sondern auch bewertet werden dürfen. Eine öffentliche Darstellung und Bewertung von Seiten der WTO würde den Druck auf einzelne Staaten maßgeblich erhöhen, auf protektionistische Maßnahmen zu verzichten.
- **Straffung des Streitschlichtungsmechanismus:** Eine Ausweitung der Streitschlichtungskapazitäten der WTO, verbunden mit einer Reduzierung des Aufwands und der Dauer des Schlichtungsverfahrens, würde es erlauben, schneller und effektiver gegen Regelverstöße vorzugehen.
- **Ausweitung der bisherigen Selbstverpflichtungen im G20-Rahmen:** Die G20-Staaten müssen sich wieder verstärkt zu den in den jährlichen Abschlusserklärungen getätigten Selbstverpflichtungen zur Abkehr vom Protek-

Abbildung 1: Top-5 Exportpartner Deutschland in 2016



Quelle: Destatis, 2017

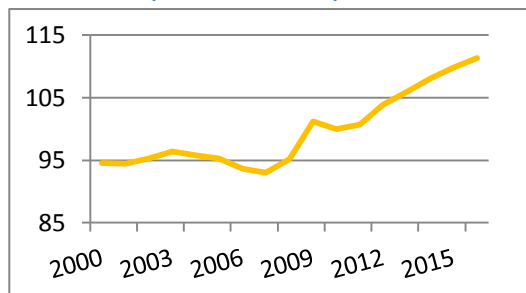
tionismus bekennen und tarifäre als auch nicht-tarifäre Handelshemmnisse abbauen. Neue Handelsrestriktionen sollten zusätzlich öffentlich begründet werden müssen. Die erneute Stärkung der Stillhalte- und Abbaupflichtungen muss ein zentrales Ziel der deutschen G20-Präsidentschaft für die diesjährige Abschlusserklärung sein.

- **Gesprächskanäle offen halten – neue Freihandelsabkommen abschließen:** Die EU sollte als gutes Beispiel vorangehen. Verhandlungen mit internationalen Partnern sollten aufgenommen bzw. zielstrebig abgeschlossen werden. Die zügige Ratifizierung des CETA-Abkommens in den nationalen Parlamenten ist hierfür ein wichtiger Schritt.

Eigene Wettbewerbsfähigkeit stärken – protektionistischen Tendenzen entgegenwirken

Kaum ein anderes vergleichbares Land ist mit der internationalen Wirtschaft so verflochten wie Deutschland. Eine hohe Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Unternehmen verbunden mit einer konsequenten Öffnung der Märkte führte dazu, dass Deutschland den Anteil der Exporte am BIP deutlich steigern (von 30,8 % in 2000 auf 46,0 % in 2016, Eurostat 2017) und regelmäßig **Exportrekorde** erzielen konnte. Auch die Importe stiegen 2016 um rd. 8 % und leisteten damit als günstige Vorprodukte einen maßgeblichen Beitrag zur Sicherung des Wohlstandes in Deutschland. Im Hinblick auf die angedrohten Importzölle der USA und den Austritt Großbritanniens aus dem Binnenmarkt blickt Deutschland jedoch auf ei-

Abbildung 2: Nominale Lohnstückkosten in Deutschland (Index 2010=100)



Quelle: Eurostat, 2017

nen erschwerten Zugang zu zwei seiner wichtigsten Absatzmärkte (vgl. Abb. 1).

Zur langfristigen Sicherung von Wohlstand und Wachstum sind deshalb umso mehr Anstrengungen zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit essentiell. Gerade die jüngst wieder anziehenden Lohnstückkosten verdeutlichen den dringenden Handlungsbedarf (vgl. Abb. 2). Zentral sind daher u. a.:

- **bessere Rahmenbedingungen für Investitionen schaffen**, z. B. durch ein investitionsfreundliches Steuersystem und weniger Bürokratie
- **Rahmenbedingungen für Innovationen verbessern** und die Digitalisierung vorantreiben
- **Erfolge der Agenda 2010 sichern** – flexible Beschäftigungsformen als Basis für robuste Arbeitsmarktentwicklung erhalten
- die **Belastung des Faktors Arbeit mit Sozialversicherungsbeiträgen dauerhaft unter 40 % senken**, z. B. durch Strukturreformen in den Sozialversicherungen
- das **Bildungssystem verbessern**, z. B. durch die Förderung eines Qualifikationsmix aus beruflicher und akademischer Bildung

BDA | DIE ARBEITGEBER

Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände

Volkswirtschaft | Finanzen | Steuern

T +49 30 2033-1950

volkswirtschaft@arbeitgeber.de